

**Landtag Nordrhein-Westfalen**  
13. Wahlperiode

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

hier: Personaletat

- Drucksachen 13/400, 13/620, 13/750

Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

**Berichterstatter:** Abgeordneter Helmut Stahl, CDU

**Beschlussempfehlung**

Der Unterausschuss "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Personaletat entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

## Bericht

Durch Beschluss vom 06.12.2000 hat der Landtag den Haushaltsplanentwurf 2001 nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuss "Personal" hat den Personaletat in seinen Sitzungen am 09.01.2001, 30.01.2001, 13.02.2001, 08.03.2001 und 12.03.2001 beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuss "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 2001 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressorts vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 16.01.2001 durchgeführt.

Im einzelnen stützte der Unterausschuss "Personal" seine Entscheidung auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001 einschließlich der ersten und zweiten Ergänzungsvorlage, Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die personalrelevanten Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in die als Anlage beigefügte Beschlussvorlage eingearbeitet.

In der Sitzung am 12. März 2001 wies der Vertreter des Landesrechnungshofes darauf hin, dass aus seiner Sicht das Verhältnis des § 8 Abs. 3 Nr. 14 Haushaltsgesetz zu den Nummern 1 bis 13 des § 8 Abs. 3 Haushaltsgesetz nicht eindeutig sei. Er regte daher eine klarstellende Änderung an. Die Fraktionen verständigten sich darauf, diese Frage ggf. im Haushalts- und Finanzausschuss zu beraten.

Von allen Fraktionen wurde in der Sitzung am 12. März 2001 die geringe Vorbereitungszeit insbesondere für diese Sitzung beanstandet. Für zukünftige Haushaltsberatungen wird eine Änderung der Terminplanung gewünscht.

In der Gesamtabstimmung wurde der Personalhaushalt unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Helmut Stahl  
Vorsitzender

Anlage:  
Beschlussvorlage

## Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
HG/01		<p>Das Finanzministerium wird gebeten, zu den Haushaltsberatungen 2002 über die Erfahrungen mit § 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes (Bonusregelung) zu berichten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>
HG/02		<p>§ 8 Abs. 3 Satz 5 wird wie folgt gefasst:</p> <p>"Die Ausnahme gilt als genehmigt, wenn acht Wochen nach Eingang des Antrages auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung bei der Personalagentur der Antrag noch nicht beschieden ist."</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>

# Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
HG/03	SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Der Gesetzentwurf erhält folgende Bezeichnung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Gesetzentwurf erhält folgende Bezeichnung:  "Entwurf  eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)  und  eines Gesetzes zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst der Arbeitsschutzverwaltung</li> <li>2. Der bisherige Gesetzentwurf wird Artikel I.</li> <li>3. In Artikel I wird § 17 gestrichen.</li> <li>4. Der Gesetzentwurf wird um folgenden Artikel II ergänzt:  "Artikel II  Gesetz zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst der Arbeitsschutzverwaltung</li> </ol>	

## Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch HG/03		<p>(1) Mit Wirkung vom Ersten des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats sind die technischen Beamtinnen und Beamten bei den Staatlichen Arbeitsschutzämtern Arnsberg, Dortmund, Siegen, Essen, Mönchengladbach, Wuppertal, Detmold, Paderborn, Aachen, Köln, Cocsfeld und Recklinghausen sowie bei der Landesanstalt für Arbeitsschutz, die eine Zulage nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 9 m.D. BBesO erhalten und in den Aufgabengebieten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stoffe und Mikroorganismen</li> <li>- Physikalische Wirkungen</li> <li>- Sichere Technikgestaltung</li> <li>- Sozialer Arbeitsschutz</li> <li>- Datenverarbeitung und</li> <li>- Öffentlichkeitsarbeit</li> </ul> <p>sachbearbeitend tätig sind, zu Gewerbeoberinspektoren/Gewerbeoberinspektoren (Bes.Gr. A 10) übergeleitet und in eine entsprechende Planstelle eingewiesen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt das 45. Lebensjahr vollendet haben und mindestens ein Jahr in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage eingewiesen sind.</p>	

## Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch HG/03		<p>(2) Die Mitteilung über die Einweisung in die Planstelle steht der Aushändigung der Ernennungsurkunde nach § 8 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LBG) gleich.</p> <p>(3) Dauert bei den in Abs. 1 genannten Beamtinnen und Beamten eine Gehaltskürzung nach § 9 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes an oder befinden sie sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch in der Beförderungssperre nach § 10 Abs. 2 der Disziplinarordnung, wird die Überleitung bis zum Ablauf der Beförderungssperre hinausgeschoben.</p> <p>(4) Den nach diesem Gesetz übergeleiteten Beamtinnen und Beamten kann ohne Erfüllung der jeweiligen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen künftig kein höheres Amt übertragen werden."</p>	

## Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch HG/03		5. Es wird folgender Artikel III angefügt:  "In-Kraft-Treten (1) Artikel I tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft. (2) Artikel II tritt am 1. Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft."	einstimmig angenommen  SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja
		<b>GesamtAbstimmung über das Haushaltsgesetz:</b>	angenommen  SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

## Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
01/01	SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen	<p><b>Kapitel 01 010 - Landtag</b>  <b>Titel 411 12 - Reisekosten nach § 10 AbgG NW -</b>  <b>Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 1:</b></p> <p>"1. Im Fall der genehmigten Benutzung eines Kraftwagens wird eine Kilometergeldentschädigung in Höhe des Satzes des § 6 Abs. 1 Satz 2, erste Alternative des Landesreisekostengesetzes NW gewährt."  <b>Begründung:</b>            Die Kilometergeldentschädigung für die genehmigte Benutzung eines Kraftwagens sollte der Höhe des Satzes für die genehmigte Benutzung eines Kraftwagens aufgrund der Vorlage triftiger Gründe des Landesreisekostengesetzes entsprechen.</p>	einstimmig angenommen  SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

## Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss																						
01/02	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen /CDU/ F.D.P./FA	<p><b>Kapitel 01 010 - Landtag</b>  <b>Titel 411 13 - Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach § 6 Abg NW</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>19.226.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.120.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>18.106.000 DM</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            Die Absenkung erfolgt zur Deckung des Baransatzes bei Titel 519 20 "Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen" sowie der Mehrausgaben bei Titel 512 10.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>  <b>einstimmig angenommen</b></p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table>	von	19.226.000 DM	um	1.120.000 DM	auf	18.106.000 DM	SPD	ja	CDU	ja	F.D.P.	ja	GRÜNE	ja	<p>einstimmig angenommen</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	F.D.P.	ja	GRÜNE	ja
von	19.226.000 DM																								
um	1.120.000 DM																								
auf	18.106.000 DM																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
F.D.P.	ja																								
GRÜNE	ja																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
F.D.P.	ja																								
GRÜNE	ja																								

## Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
01/03	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen/ CDU F.D.P./FA	<p><b>Kapitel 01 010 - Landtag</b>  <b>Titel 411 16 - Versicherungsleistungen für Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 3.800.000 DM            um 1.000.000 DM            auf 2.800.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Absenkung erfolgt zur Deckung der Erhöhung des Baransatzes bei Titel 519 20 "Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen".</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            einstimmig angenommen</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>

### Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01:</b>	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. Enthaltung GRÜNE ja

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

**Einzelplan 03 - Innenministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
03/01		<p><b>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Personalausgaben</b> <b>Haushaltsvermerke</b></p> <p>In dem 21. Haushaltsvermerk wird das Fälligkeitsdatum des ku-Vormerks vom "01.01.2003" auf den "01.01.2002" korrigiert.</p> <p><b>Begründung:</b> Es handelt sich um einen Schreibfehler. Da sich der Haushaltsvermerk im Dispositiv befindet, liegt eine materielle Änderung vor, über die ein Beschluss gefasst werden muss.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 03 - Innenministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss						
03/02	F.D.P.	<p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table data-bbox="574 616 726 1512"> <tr> <td>von</td> <td>2 909 624 700 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>30 000 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 939 624 700 DM</td> </tr> </table> <p>Zugang von</p> <p>250 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO</p> <p>Umwandlung von</p> <p>1 117 Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. BBesO in</p> <p>1 117 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO</p> <p>Hebung von</p> <p>4 699 Planstellen der Bes.Gr. A 8 BBesO und</p> <p>2 296 Planstellen der Bes.Gr. A 7 BBesO nach</p> <p>Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO</p>	von	2 909 624 700 DM	um	30 000 000 DM	auf	2 939 624 700 DM	
von	2 909 624 700 DM								
um	30 000 000 DM								
auf	2 939 624 700 DM								

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 03/02		<p>Folgende Haushaltsvermerke sind aufzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Stellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO dürfen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem die Stelleninhaber die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllen.</li> <li>2. Soweit die Stellen der Bes.Gr. A 7 und A 8 BBesO mit Regierungssekretären und Regierungshauptsekretären besetzt sind, darf die Hebung in die Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO nicht in Anspruch genommen werden.</li> </ol> <p><b>Begründung:</b>  Die innere Sicherheit gehört mit zu den vornehmsten Aufgaben des Staates. Diese Aufgabe ist hoheitlich wahrzunehmen und zu garantieren.</p> <p>Es fehlt aber für gute kontinuierliche Polizeiarbeit an Personal. Die Frage nach der Personalstärke ist mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verbunden. Daher müssen neue Stellen geschaffen werden. Da die F.D.P. - Fraktion die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei fordert und dies schneller verwirklichen will als die Landesregierung, sind die neuen Stellen der zweigeteilten Laufbahn entsprechend in A 9 gehobener Dienst einzurichten, mit Ausnahme der nicht hoheitlichen Aufgaben.</p>	

**Einzelplan 03 - Innenministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 03/02		<p>Die Umwandlung der A 9er Stellen ist kostenneutral für den Haushalt 2001.</p> <p>Bei der Anhebung der Stellen von A 7 und A 8 wurde ein Drittel der Stellen für das Haushaltsjahr 2001 gerechnet. Mehr werden die laufenden rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p><b>SPD</b>        nein</p> <p><b>CDU</b>        nein</p> <p><b>F.D.P.</b>    ja</p> <p><b>GRÜNE</b>   nein</p>

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
03/03	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b>  <b>Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten- und Lehrlinge)</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes  von 38.538.000 DM  um 6.000.000 DM  auf 44.538.000 DM</p> <p>Die Zahl der beabsichtigten Neueinstellungen wird um 300 auf 1.250 erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b>  Nach wie vor gibt es zu wenig Polizei in Nordrhein-Westfalen. Mittelfristig sind 1.000 Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen einzustellen. Daher ist Hand in Hand mit weiteren Aufgabenumstrukturierungen eine Aufstockung des Stellenplans erforderlich.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>  <b>abgelehnt</b>  SPD nein  CDU ja  F.D.P. Enthaltung  GRÜNE nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU ja  F.D.P. Enthaltung  GRÜNE nein</p>

**Einzelplan 03 - Innenministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03:	angenommen  SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

### Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
04/01		<p><b>Das Justizministerium wird gebeten,</b>  zu den Haushaltsberatungen 2002 über den Stand der einzelnen IT-Verfahren und über deren Auswirkungen auf den Personalhaushalt zu berichten und dabei den erreichten Verfahrensstand für die Vollaussstattung der Justiz mit IT-Technik darzustellen.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p><b>SPD ja</b>  <b>CDU ja</b>  <b>F.D.P. ja</b>  <b>GRÜNE ja</b></p>

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
04/02	<p>F.D.P. und F.D.P./FA</p>	<p><b>Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</b> <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p><b>Aufnahme eines Haushaltsvermerks bei den Stellen für beamtete Hilfskräfte der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO:</b></p> <p>80 Stellen für beamtete Hilfskräfte (davon 45 (45) kw 31.12.2003; davon 35 (35) kw 31.12.2003) dürfen ausschließlich für die Übernahme von Anwärtern im gehobenen Dienst (Besoldungsgruppe A 9 BBesO) als Hilfsbeamte der Gerichtsvollzieher genutzt werden.</p> <p><b>Ausbringung eines ku-Vermerks:</b></p> <p>80 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO ku zum 31.12.2003 in 80 Planstellen der Bes.Gr. A 8 BBesO</p>	

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/02		<p><b>Begründung:</b>            Kostenneutral            Im Gerichtsvollzieherdienst ist eine Stärkung dringend notwendig. Derzeit ergibt sich für das Haushaltsjahr 2001 ein Stellenfehlbestand von 35 %. Der Gerichtsvollzieherdienst hat durch die am 01.01.1999 in Kraft getretene zweite Zwangsvollstreckungsnovelle, aufgrund der nunmehr auch eine Zuständigkeit für die Abnahme der Eidesstattlichen Versicherung besteht; erhebliche Mehrbelastungen zu verkraften. Ein Ausgleich durch Stellenverlagerungen vom gehobenen Justizdienst, der vorher für die Abnahme der</p>	

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/02		<p>Eidesstattlichen Versicherung zuständig war, hin in den Gerichtsvollziehdienst ist bisher nur in geringem Umfang erfolgt. In der Praxis kommt es daher zu erheblichen Verzögerungen und Engpässen bei der Bearbeitung von Vollstreckungsaufträgen durch die Gerichtsvollzieher.</p> <p>Die Verzögerungen sind der Bevölkerung nicht weiter zu zumuten.</p> <p>Demgegenüber stellt sich die Personalsituation im gehobenen Justizdienst im Vergleich zu anderen Dienstzweigen der Justiz gut dar. Der gehobene Justizdienst weist lediglich einen rechnerischen Fehlbestand von 7 % aus. In der zurückliegenden Zeit war demgegenüber ein Fehlbestand von 10 bis 15 % im gehobenen Justizdienst die Regel, ohne dass die Arbeitsfähigkeit dieses Dienstzweiges beeinträchtigt war. Angesichts der geringen Altersgänge in den kommenden Jahren besteht für diesen Dienstzweig kein Bedarf an weiterem Personal. Stellen zur Übernahme der im vierten Quartal 2001 nach erfolgreichem Ablegen der Laufbahnprüfung zur Verfügung stehenden 80 diplomierten Rechtspflegeranwärter sind für den gehobenen Justizdienst nicht erforderlich.</p> <p>Demgegenüber ergibt sich - wie oben aufgeführt - ein erheblicher Personalbedarf im Bereich des Gerichtsvollzieherdienstes. Um zum einen den Rechtspflegeranwärtlern nach dreijähriger Fachhochschulbildung eine berufliche Perspektive zu eröffnen und andererseits die Personalnot im Gerichtsvollzieherdienst zu lindern, sind die 80 zum 31.12.2000 greifenden kw-Vermerke nur mit der Maßgabe bis</p>	

**Einzelplan 04 - Justizministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/02	<p>zum 31.12.2003 hin zu verlängern, dass die Stellen ausschließlich nur für solche geprüften Rechtspflegeranwärter genutzt werden, die - die fachliche und persönliche Eignung vorausgesetzt - sich bereit erklären, als Hilfsbeamte der Gerichtsvollzieher tätig zu werden.</p> <p>In gleichem Umfang (80 Stellen) sind Planstellen nach der Bes. Gr. A 9 gehobener Dienst mit einem ku-Vermerk zu versehen. Für die Übernahme der zunächst auf den vorgenannten Hilfsstellen zu führenden Beamten sind nach Ablauf der Probezeit ausreichende Planstellen im Gerichtsvollzieherdienst (Bes. Gr. A 8) zur Verfügung zu stellen.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u>            abgelehnt                    nein            SPD                                ja            CDU                                ja            F.D.P.                            ja            GRÜNE                        nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD                    nein            CDU                    ja            F.D.P.                    ja            GRÜNE                    nein</p>

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
04/03	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen</b> <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 447 793 000 DM um 800 000 DM auf 448 593 000 DM</p> <p>1. Zugang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO Abgang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. mit Zulage BBesO.</p> <p>2. Zugang von 20 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO.</p> <p>Abgang von 2 Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO 2 Planstellen der Bes.Gr. A 12 BBesO 4 Planstellen der Bes.Gr. A 11 BBesO 12 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Aufstockung des Titels soll gebotene strukturelle Verbesserungen ermöglichen. Es ist zu erwarten, dass der Mittelaussatz nicht in</p>	

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/03		<p>vollem Umfang ausgeschöpft wird. Denn die meisten der Beamtinnen und Beamten erhalten aufgrund des Dienstrechtsreformgesetzes infolge der Umwandlung des Dienstalters in Leistungsstufen aus Gründen der Besitzstandswahrung eine Überleitungszulage, weil sie durch die Reform eine Rückstufung in den Leistungsstufen erfahren haben. Diese Überleitungszulage wird durch Beförderungen und den Leistungsstufenaufstieg ggf. um den vollen Erhöhungsbetrag aufgezehrt.</p> <p>zu 1. Durch die Änderung des Stellenplans wird eine Besoldung gewährleistet, die im Hinblick auf die Tätigkeit zwingend erforderlich ist. In den meisten Vollzugseinrichtungen des Landes werden die Spitzenfunktionen der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes aus Ämtern der Bes. Gr. A 9 mit Amtszulage BBesO besoldet. Damit unterscheidet sich die Besoldung grundsätzlich nicht von der von nachgeordneten Kräften.</p> <p>zu 2. Durch die Änderung des Stellenplans wird den stellvertretenden Anstaltsleitern mittelgroßer Vollzugsanstalten, die zugleich Verwaltungslieferanten sind und deren Dienstvorgesetzte in der Besoldungsgruppe A 15 bzw. A 16 besoldet werden, sowie den Verwaltungslieferanten größerer Vollzugsanstalten, eine angemessene Besoldung gewährleistet und die Besoldung dem Maß ihrer Verantwortung</p>

**Einzelplan 04 - Justizministerium**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/03		<p>angepasst.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u>            abgelehnt            SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       Enthaltung            GRÜNE       nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       Enthaltung            GRÜNE       nein</p>

### Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
04/04	CDU und CDU/FA	<p>Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 16 663 000 DM um 2 500 000 DM auf 19 163 000 DM</p> <p>Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für</p> <p>1. Oberwerkmeisteranwärter/ Oberwerkmeisteranwärterinnen der Bes.Gr. A 7 BBesO von 26 um 25 auf 51</p> <p>2. Justizvollzugsoberssekretärinwärter/Justizvollzugsoberssekretärinwärterinnen der Bes.Gr. A 7 BBesO von 283 um 100 auf 383</p>	

### Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/04		<p><b>Begründung:</b> Die Erhöhung der Einstellungsmöglichkeiten ist nach wie vor angesichts des eklatanten Personalbedarfs im Strafvollzug unumgänglich, um zumindest die durch altersbedingtes oder außerordentliches Ausscheiden verursachten Abgänge ausgleichen zu können. Daher müssen bis zum Jahr 2005 zusätzliche 250 Einstellungen erfolgen. In einem ersten Schritt sind daher 125 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für 2001 vorzunehmen. Weitere 125 erfolgen 2002.</p> <p><b>Votum des Sachausschusses:</b>            abgelehnt            SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       nein            GRÜNE       nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       nein            GRÜNE       nein</p>

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
04/05	<p>F.D.P. und F.D.P./FA</p>	<p><b>Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen</b>  <b>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</b></p> <p>Die kw-Vermerke zum 30.06.2001 von 112 Stellen der Vergütungsgruppe VII/VIII BAT (DA06) im allgemeinen Justizvollzug werden bis zum 31.12.2002 verlängert.</p> <p><b>Begründung:</b>  <b>Kosten:</b>  Der Haushalt 2001 wird mit 6/12 des Jahreshaltes für 112 Stellen Vergütungsgruppe VII/VIII BAT belastet, das entspricht einem Betrag von 3,5 Mio. DM.</p> <p>Die Sicherheitslage im geschlossenen Vollzug hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Nach eigenen Ausführungen der Landesregierung zum Haushalt 2001 Kapitel 04 410 "Gesamtüberblick über den Haushalt im Einzelplan 04 Justizministerium - Anlagenband Personalbedarfsrechnung" (Seite 64) erklärt die Landesregierung: " ... Unter Sicherheitsgesichtspunkten ist das im geschlossenen Vollzug tätige Personal des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes kaum noch ausreichend." Zwar kommen 125 Stellen im allgemeinen Justizvollzug dazu. Die neuen Stellen kompensieren aber nur den Wegfall der zum 30.06.2001 kw-gestellten 112 Stellen. Der vom Ministerium für notwendig gehaltene Mehrbedarf, um die notwendige Sicherheit zu gewährleisten, einen funktionierende Vollzug zu ermöglichen sowie die aufgelaufenen und noch zu erwartenden Überstunden</p>	

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 04/05	<p>zu kompensieren, wird nicht erreicht, wenn Mitte des Jahres zum 30.06.2001 112 Stellen im Wegfall geraten.</p> <p>Die kw-Vermerke bei den 112 Stellen sind daher vorläufig nur bis zum 31.12.2002 zu verlängern, um zunächst die allgemeine Personalentwicklung und die Belegung im Strafvollzug abzuwarten.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            abgelehnt            SPD            nein            CDU            Enthaltung            F.D.P.        ja            GRÜNE        nein</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein            CDU            Enthaltung            F.D.P.        ja            GRÜNE        nein</p>
	<p><b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 04:</b></p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD            ja            CDU            nein            F.D.P.        nein            GRÜNE        ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/01	CDU und CDU/FA	<p><b>Kapitel 05 020 - Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 427 49 - Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 8.609.000 DM            um 3.000.000 DM            auf 5.609.000 DM</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            abgelehnt            SPD nein            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/02	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 05_077 - Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</b>  <b>Personalausgaben</b>            Streichung der Vorbemerkung zu den Personalausgaben. Die so freigestellten Lehrer bleiben an den Schulen.  <b>Begründung:</b>            Sicherstellung des Unterrichtsbedarfs an allen Schulformen.            Einsparungen im Bereich der Lehrereinstellung.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            abgelehnt            SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       ja            GRÜNE       nein</p>
		<p>abgelehnt            SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       ja            GRÜNE       nein</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/03	SPD Bündnis 90/ Die Grünen/FA	<p><b>Kapitel 05 100 - Hochschulen und Universitätsklinika - Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 62 - Frauenförderung</b>  <b>Titel 429 62 - Personalausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 680.000 DM            um 300.000 DM            auf 980.000 DM</p> <p>Die Erläuterungen zu a) lauten wie folgt:            a) für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen (ausschl. Landesaufgabe) 710.000 DM</p> <p>Hinweis: Der Antrag im Fachausschuss enthält auch diesen nicht personalrelevanten Teil:</p> <p><b>Titel 547 62 - Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 595.400 DM            um 300.000 DM            auf 895.400 DM</p> <p>Die Erläuterungen zu a) lauten wie folgt:</p>	

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/03		<p>a) für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen (ausschl. Landesaufgabe)</p> <p><b>Begründung:</b>            Durch das neue Hochschulgesetz und das Landesgleichstellungsgesetz sind die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten erweitert worden. Dieser Tatsache trägt die Erhöhung der für diese Aufgaben zur Verfügung gestellten Mittel Rechnung.</p> <p><b>Votum im Fachausschuss:</b>            angenommen            SPD ja            CDU Enthaltung            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja            CDU Enthaltung            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/04	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 05 131 - Universität zu Köln</b>  <b>Neuer Titel - Lehrstuhl für Islamische Religionspädagogik</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 0 DM            um 300.000 DM            auf 300.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Aufgrund des hohen Anteils von Muslimen an der Bevölkerung, ferner zur Pflege der eigenen Kultur und zur Förderung der Integration ist es erforderlich, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache als reguläres Fach an den Schulen einzuführen. Dazu ist gleichzeitig eine ordentliche Lehrerausbildung in diesem Fach notwendig.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            abgelehnt            SPD nein            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/05	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Kapitel 05 141 - Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen</b></p> <p><b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Die Tabelle "Veränderungen bei den Leerstellen" ist wie folgt zu ergänzen:</p> <p>Verlagerung</p> <p>1 Leerstelle Bes.Gr. C 4 BBesO von Kapitel 05 141 - TH Aachen - nach Kapitel 05 171 - Uni Düsseldorf -</p> <p>Die Tabelle "Leerstellen" in derselben Haushaltsstelle ist entsprechend zu berichtigen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>An der Universität Düsseldorf soll eine C 4 - Leerstelle für eine Professur in dem neu auszubauenden Studiengang Bio-Informatik eingerichtet werden. Die Berufung auf diese Professur soll - bei gleichzeitiger Beurlaubung durch die Universität Düsseldorf - gemeinsam mit der Stiftung CAESAR erfolgen. Bei gemeinsamen Berufungen ist es erforderlich, eine Leerstelle am Hochschulstandort zur Verfügung zu haben. Die an der Uni Düsseldorf vorhandenen C 4-Leerstellen sind besetzt. Es bietet sich an, eine freie C 4-Leerstelle von der Technischen Hochschule Aachen nach Düsseldorf zu verlagern, damit die Berufung noch in 2001 erfolgen kann.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/06	SPD/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Kapitel 05 160 - Universität Dortmund</b>  <b>Titel 429 21 - Bezüge der Angestellten und Arbeiter sowie  Ausbildungsvergütungen</b></p> <p>Die Abgangstabelle "Arbeiter" in den Erläuterungen wird wie folgt  geändert:  <b>Bisher:</b>  Verlagerung  1 Stelle Lohngr. 8 a/8 MTArb - kw § 42 LPVG  von Kap. 05 160 nach Kap. 05 142 (dort Lohngr. 9 MTArb)</p> <p><b>Neu:</b>  Verlagerung  1 Stelle Lohngr. 8 a/8 MTArb - kw § 42 LPVG  von Kap. 05 160 nach Kap. 05 690 - FH Bochum -</p> <p><b>Begründung:</b>  Der Haushaltsplanteilwurf 2001 sieht die Verlagerung einer  Ersatzstelle für ein freigestelltes Mitglied des Hauptpersonalrates  (Verwaltung) - Arbeitervertreter - von der Universität Dortmund  (Kap. 05 160 - Lohngr. 8a/8 MTArb) zu den Medizinischen  Einrichtungen der TH Aachen (Kap. 05 142 - Lohngr. 9 MTArb)</p>	

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/06	<p>aufgrund der letzten Personalratswahlen vor.</p> <p>Durch die Umbildung der Medizinischen Einrichtungen in Anstalten des öffentlichen Rechts erlosch zum 1.1.2001 die Mitgliedschaft dieses Arbeitervertreters im Hauptpersonalrat.</p> <p>Auf eine Nachfolge konnte man sich vor kurzem einigen. Dies und die Tatsache, dass auch die Umbildung der Medizinischen Einrichtungen noch nicht im Entwurf 2001 berücksichtigt werden konnte, macht diese Änderung des Entwurfs 2001 erforderlich.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p><b>SPD</b> ja</p> <p><b>CDU</b> ja</p> <p><b>F.D.P.</b> ja</p> <p><b>GRÜNE</b> ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/07	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam -</b>  <b>Einrichtung eines neuen Titels zur Schaffung einer Stellenreserve</b></p> <p>Ausbringung eines Ansatzes</p> <p>von 0 DM  um 182.000.000 DM  auf 182.000.000 DM</p> <p>zur Schaffung einer Stellenreserve von 3.950 Stellen ab dem Schuljahr 2001/2002.</p> <p><b>Begründung:</b>  Das Instrument "Geld statt Stellen" hat die Stellenreserve nicht ersetzen können. Zur Garantie des Unterrichts ist die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve unumgänglich. Diese soll ab dem Schuljahr 2001/02 errichtet werden. Hierzu wird das bisherige Programm "Geld statt Stellen" sowie 1.350 in den Einzelplänen linear eingesparte Stellen verwandt.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u>  <b>abgelehnt</b>  SPD nein  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE nein</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE nein</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss																								
05/08	F.D.P. und F.D.P./FA	<p><b>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table data-bbox="558 1187 686 1500"> <tr> <td>von</td> <td>68.421.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3 000 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>71.421.000 DM</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Wie in anderen Berufsfeldern, so sollten auch Lehrer an öffentlichen Schulen eine Jubiläumprämie als Anerkennung für ihre langjährige beruflichen Tätigkeit erhalten. Auch andere Bundesländer haben eine derartige Prämie, wie es sie auch in NRW noch vor einigen Jahren gab, wieder eingeführt. Zudem wäre mit diesem positiven Anreiz in Form einer Prämie für Lehrer-Dienstjubiläen eine motivierende Wirkung bei den Lehrern verbunden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b></p> <table data-bbox="1165 1254 1388 1500"> <tr> <td>abgelehnt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	von	68.421.000 DM	um	3 000 000 DM	auf	71.421.000 DM	abgelehnt		SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	ja	GRÜNE	nein	<p>abgelehnt</p> <table data-bbox="478 313 670 582"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	ja	GRÜNE	nein
von	68.421.000 DM																										
um	3 000 000 DM																										
auf	71.421.000 DM																										
abgelehnt																											
SPD	nein																										
CDU	ja																										
F.D.P.	ja																										
GRÜNE	nein																										
SPD	nein																										
CDU	ja																										
F.D.P.	ja																										
GRÜNE	nein																										

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
05/09	F.D.P. und F.D.P./FA	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam -            Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen -</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 260 000 000 DM            um 260 000 000 DM            auf 0 DM</p>	

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/09		<p><b>Begründung:</b>            Das Programm "Geld statt Stellen" soll gestrichen werden, da es sich als Instrument für eine qualitativ gute und ausreichende Unterrichtsversorgung nicht bewährt hat. Es führt zu einem ständigen Wechsel der Bezugspersonen für die Schulkinder und ist äußerst bürokratisch organisiert.</p> <p>Die freiwerdenden Mitteln sind vollständig in Kapitel 20 020, Titel 461.10 (Vermerk 1) einzustellen und zur Verstärkung der Lehrer-Stellenreserve bestimmt.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b></p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p><b>SPD</b>            <b>nein</b>  <b>CDU</b>            <b>nein</b>  <b>F.D.P.</b>         <b>ja</b>  <b>GRÜNE</b>       <b>nein</b></p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss																								
05/10	<p>CDU und CDU/FA</p>	<p><b>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam -</b> <b>Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>260.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>120.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>140.000.000 DM</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die neu eingerichtete Stellenreserve ab dem Schuljahr 2001/2002 ersetzt das Programm "Geld statt Stellen", das ab dem Schuljahr 2001/2002 gestrichen wird. Das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Geld aus dem Programm "Geld statt Stellen" von 120 Mio. DM wird der Stellenreserve zur Verfügung gestellt.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b></p> <table border="0"> <tr> <td>abgelehnt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	von	260.000.000 DM	um	120.000.000 DM	auf	140.000.000 DM	abgelehnt		SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	nein	GRÜNE	nein	<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	nein	GRÜNE	nein
von	260.000.000 DM																										
um	120.000.000 DM																										
auf	140.000.000 DM																										
abgelehnt																											
SPD	nein																										
CDU	ja																										
F.D.P.	nein																										
GRÜNE	nein																										
SPD	nein																										
CDU	ja																										
F.D.P.	nein																										
GRÜNE	nein																										

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss														
05/11	SPD/Bündnis 90/Die Grünen und SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FA	<p><b>Kapitel 05.320 - Öffentliche Hauptschulen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Hauptschulen</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td align="right">17 510</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">150</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">17 660.</td> </tr> </table> <p>a) Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td align="right">1 453 800 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">6 300 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">1 460 100 000 DM</td> </tr> </table> <p>·(nachrichtlich:            Kosten ab Haushaltsjahr 2002</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td align="right">15 000 000 DM)</td> </tr> </table> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert:            Bes.Gr. A 12 BBesO: 3 342 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p>	von	17 510	um	150	auf	17 660.	von	1 453 800 000 DM	um	6 300 000 DM	auf	1 460 100 000 DM		15 000 000 DM)	
von	17 510																
um	150																
auf	17 660.																
von	1 453 800 000 DM																
um	6 300 000 DM																
auf	1 460 100 000 DM																
	15 000 000 DM)																

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/11		<p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt geändert:</p> <p>Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt:</p> <p>Dazu zum Ausgleich</p> <p>a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget) 358</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte; Kinder und Jugendliche aus armen Familien und in schwierigen Wohnverhältnissen, mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b></p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss												
05/12	<p>SPD/Bündnis 90/Die Grünen und SPD/Bündnis 90/Die Grünen /FA</p>	<p><b>Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Realschulen</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>14 474</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>14 974</td> </tr> </table> <p>a) Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>1 257 654 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>21 000 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 278 654 000 DM</td> </tr> </table> <p>(nachrichtlich:          Kosten ab Haushaltsjahr 2002) 50 000 000 DM)</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert.          Bes.Gr. A 12 BBesO: 3 651 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p>	von	14 474	um	500	auf	14 974	von	1 257 654 000 DM	um	21 000 000 DM	auf	1 278 654 000 DM
von	14 474													
um	500													
auf	14 974													
von	1 257 654 000 DM													
um	21 000 000 DM													
auf	1 278 654 000 DM													

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/12		<p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt ergänzt: Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt</p> <p>...</p> <p>Dazu zum Ausgleich</p> <p>a) ...</p> <p>f) für die Verbesserung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung</p> <p style="text-align: right;">500</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>
		<p><b>Votum des Fachausschusses:</b></p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>	

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss												
05/13	SPD/Bündnis 90/Die Grünen und SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FA	<p><b>Kapitel 05 380 - Öffentliche Gesamtschulen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Gesamtschulen</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td align="right">14 092</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">75</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">14 167</td> </tr> </table> <p>a) Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td align="right">1 197 910 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">3 150 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">1 201 060 000 DM</td> </tr> </table> <p>(nachrichtlich:            Kosten ab Haushaltsjahr 2002</p> <p align="right">7 500 000 DM)</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert:</p> <p>Bes.Gr. A 12 BBesO: 2 788 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p>	von	14 092	um	75	auf	14 167	von	1 197 910 000 DM	um	3 150 000 DM	auf	1 201 060 000 DM
von	14 092													
um	75													
auf	14 167													
von	1 197 910 000 DM													
um	3 150 000 DM													
auf	1 201 060 000 DM													

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/13		<p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt geändert:</p> <p>Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt</p> <p>Dazu zum Ausgleich</p> <p>a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget) 170</p> <p><b>Begründung:</b>  Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte: Kinder und Jugendliche aus armen Familie und in schwierigen Wohnverhältnissen mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>  angenommen  SPD ja  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss												
05/14	<p>SPD/Bündnis 90/Die Grünen und SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FA</p>	<p><b>Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Sonderschulen</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>13 203</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>75</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>13 278</td> </tr> </table> <p>a) Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>1 089 754 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3 150 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 092 904 000 DM</td> </tr> </table> <p>(nachrichtlich:          *Kosten ab Haushaltsjahr 2002</p> <p>7 500 000 DM)</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert:          Bes.Gr. A 13 BBesO: 9 223          Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin</p>	von	13 203	um	75	auf	13 278	von	1 089 754 000 DM	um	3 150 000 DM	auf	1 092 904 000 DM
von	13 203													
um	75													
auf	13 278													
von	1 089 754 000 DM													
um	3 150 000 DM													
auf	1 092 904 000 DM													

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 05/14	<p>Die Erläuterungen <b>Zu den Personalausgaben</b> werden wie folgt geändert:</p> <p>Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt  Dazu zum Ausgleich</p> <p>a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget)</p> <p align="right">146</p> <p><b>Begründung:</b>  Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte: Kinder und Jugendliche aus armen Familien und in schwierigen Wohnverhältnissen, mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>  angenommen</p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p><b>SPD ja</b>  <b>CDU ja</b>  <b>F.D.P. nein</b>  <b>GRÜNE ja</b></p>

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		<p><b>GesamtAbstimmung über den Einzelplan 05:</b></p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 08:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

**Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
10/01	SPD/Bündnis 90/Die Grünen /FA	<p><b>Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 972 00 - Globale Minderausgabe</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von - 23.500.000 DM            um - 2.000.000 DM            auf - 25.500.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Deckung zur Aufstockung des Titels 427 20 in Kapitel 10 120.            (siehe lfd. Nr. 10/02)</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            einstimmig angenommen            SPD ja            CDU Enthaltung            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>	<p>Der Antrag wurde im Unterausschuss "Personal" auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen nicht beraten. Eine Abstimmung fand nicht statt. Der Antrag soll ggf. im Haushalts- und Finanzausschuss nochmal aufgegriffen werden.</p>

# Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
10/02	<p>SPD Bündnis 90/Die Grünen/FA</p> <p>Kapitel 10 120 - Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 1.800.000 DM um 2.000.000 DM auf 3.800.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Die 17 Umweltspektorenanwärter und -anwärterinnen, die im Februar 2001 ihre Laufbahnprüfung ablegen, sollen befristet in den Landesdienst eingestellt werden. Da bei den Staatlichen Umweltämtern im gehobenen Dienst noch kw-Vermerke auszufüllen sind, kommt hierfür nur eine Einstellung als Aushilfskräfte in Frage.</p> <p><b>Deckung:</b> Erhöhung der globalen Minderausgabe im Kapitel 10 020 Titel 972 00 (siehe lfd. Nr. 10/01).</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b> einstimmig angenommen SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE ja</p>	<p>Der Antrag wurde im Unterausschuss "Personal" auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen nicht beraten. Eine Abstimmung fand nicht statt. Der Antrag soll ggf. im Haushalts- und Finanzausschuss nochmal aufgegriffen werden.</p>

**Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:	angenommen  SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

**Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		Gesamtabstimmung über den Einzelplan 11:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

## Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
12/01	CDU	<p>Beilage 2 zu Einzelplan 12</p> <p><b>Wirtschaftsplan des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Die Stellenübersicht für Angestellte wird wie folgt geändert:</p> <p>Verg.Gr. AT: + 1 neu: 14</p> <p>Verg.Gr. BAT I: - 1 neu: 1</p> <p>Die Erläuterung der AT-Angestelltenstellen wird wie folgt geändert:</p> <p>“ ... für 2 Stellen analog Bes.Gr. B 3 und ...”</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>
		<p><b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12:</b></p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

### Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		<b>GesamtAbstimmung über den Einzelplan 13:</b>	einstimmig angenommen  SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

**Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
14/01	SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FA	<p><b>Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 427 49 - Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 235.000 DM  um 140.000 DM  auf 95.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>  Deckung zur Aufstockung des Titels 427 20 in Kapitel 14 600 (siehe lfd. Nr. 14/03)</p> <p><b>Votum des Sachausschusses:</b>  <b>einstimmig angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
14/02	SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FA	<p><b>Kapitel 14 071 - Landesinstitut für Bauwesen</b>  <b>Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 180.000 DM            um 60.000 DM            auf 120.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Deckung zur Aufstockung des Titels 427 20 in Kapitel 14 600 (siehe lfd. Nr. 14/03)</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>            einstimmig angenommen            SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>

## Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
14/03	SPD/Bündnis 90/Die Grünen /FA	<p><b>Kapitel 14 600 - Staatliche Archive, Archivwesen</b>  <b>Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 20.000 DM            um 200.000 DM            auf 220.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Für die Entschädigungsverfahren ehemaliger ZwangsarbeiterInnen fehlen häufig die notwendigen Nachweise. Die Mittelerrhöhung ist erforderlich, um Anfragen der deutschen Stiftungsinitiative und ihrer ausländischen Partnerorganisationen über Beschäftigungszeiten ehemaliger Zwangsarbeiter zu beantworten.</p> <p><b>Deckung:</b> Durch Absenkung der Titel 427 49 in Kap. 14 020 und 427 20 in Kapitel 14 071 (siehe lfd. Nrn. 14/01 und 14/02)</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>  <b>einstimmig angenommen</b>            SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>

**Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 14:	angenommen  SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

### Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Ausschuss
15/01	<p>Das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie wird gebeten,</p> <p>zu den Haushaltsberatungen 2002 über den Stand des Organisationsentwicklungsprozesses im Ministerium zu berichten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>
15/02	<p>Das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie wird gebeten,</p> <p>bis zur Sommerpause über den Sachstand des Privatierungskonzepts für die Versorgungskuranstalten zu berichten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>
<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 15:</b>		<p>angenommen</p> <p>SPD ja            CDU nein            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss						
20/01	CDU	<p><b>Kap. 20 020 - Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 461 10 - Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">130.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 DM</td> </tr> </table> <p><b>Der Haushaltsvermerk Nr.6 wird wie folgt ergänzt:</b></p> <p style="margin-left: 40px;">“Zur Motivationsförderung zählen auch Leistungen im Rahmen von Jubiläumszuwendungen.”</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Verstärkungsmittel sind im Jahr 2001 nicht notwendig, da die voraussichtlichen Tarif- und Besoldungserhöhungen bereits bekannt sind.  Lediglich 50 Mio. DM werden benötigt, um leistungs- und motivationsfördernde Maßnahmen zu gestalten.  In diesem Rahmen sollen die Jubiläumszuwendungen wieder</p>	von	180.000.000 DM	um	130.000.000 DM	auf	50.000.000 DM	
von	180.000.000 DM								
um	130.000.000 DM								
auf	50.000.000 DM								

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/01		<p>eingeführt werden. Die Landesregierung sollte hierzu eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen. Der Wegfall der Jubiläumszuwendungen hatte nur äußerst geringe Einspareffekte, führte jedoch zu erheblichen Motivationsverlusten. Auch andere Bundesländer haben die Jubiläumszuwendung daher bereits wieder eingeführt.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p><b>SPD</b>        <b>nein</b>  <b>CDU</b>        <b>ja</b>  <b>F.D.P.</b>      <b>ja</b>  <b>GRÜNE</b>     <b>nein</b></p>

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss						
20/02	F.D.P.	<p><b>Kapitel 20 020 – Allgemeine Bewilligungen –</b>  <b>Titel 461 10 – Zur Verstärkung der Ansätze für die Personal-</b>  <b>ausgaben in den Einzelplänen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.260.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.440.000.000 DM</td> </tr> </table> <p><b>Neue Haushaltsvermerke:</b></p> <p>7. In Höhe von 1.060.000.000 DM stehen die Mittel zur Schaffung von 8.000 zusätzlichen Lehrerstellen bzw. zur Umwandlung des Programms "Geld statt Stellen" im Umfang von bislang 260.000.000 DM in weitere 2.600 reguläre Lehrerstellen im Einzelplan 05 in den Kapiteln 05 310 – 05 340, 05 380, 05 390 und 05 410 zur Verfügung. Die zusätzlichen Planstellen sind in diesen Kapiteln nach Bedarfslage der jeweiligen Schulformen auszuweisen.</p>	von	180.000.000 DM	um	2.260.000.000 DM	auf	2.440.000.000 DM	
von	180.000.000 DM								
um	2.260.000.000 DM								
auf	2.440.000.000 DM								

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/02		<p>8. In Höhe von 200.000.000 DM stehen die Mittel zur Erhöhung der Lehrereinstiegsbesoldung sowie zur Anpassung der Besoldung bereits eingestellter Lehrer in vergleichsweise niedrigen Besoldungsgruppen in höhere Besoldungsgruppen zur Verfügung.</p> <p>9. Die im Haushalt ausgewiesenen Stellen, die aufgrund des bedarfsdeckenden Unterrichts sowie durch die Vorgriffstundenregelung auf die Planstellen im Einzelplan 05 in den Kapiteln 05 310 - 05 340, 05 380, 05 390 und 05 410 angerechnet werden, werden unter Inanspruchnahme der im Haushaltsvermerk 7 genannten Mittel in reguläre Planstellen umgewandelt.</p> <p>10. In Höhe von 1.000.000.000 DM stehen die Mittel zur Einstellung von Lehrpersonal, wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie für weitere Personalverstärkungen an Hochschulen und vor allem an Fachhochschulen in den Kapiteln 05 111 - 05 270 sowie in den Kapiteln 05 520 - 05 580 zur Verfügung. Die zusätzlichen Planstellen sind nach Bedarfslage der jeweiligen Schulformen auszuweisen.</p>	

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/02		<p><b>Begründung:</b></p> <p>In allen Landesteilen klagen Lehrer und Eltern über Unterrichtsaußfall, über zu große Klassen und schlechte Unterrichtsbedingungen. Nach Auskunft der zuständigen Ministerien hat sich die Schüler-Lehrer-Relation in NRW in jüngster Zeit weiter verschlechtert.</p> <p>Zudem werden die Tätigkeit von Lehrern und die mit ihrem Beruf verbundenen Anforderungen in der Regel von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Steigende Klassenfrequenzen, soziale Konflikte, verstärkter Rückzug vieler Eltern aus der Erziehungsverantwortung und wachsende Gewaltbereitschaft bereits unter Kindern werden nur unzureichend beachtet. Zudem erzeugt eine starke Überalterung der Kollegien zusätzlichen Druck. Bereits heute führt diese Situation an nordrhein-westfälischen Schulen dazu, dass mehr als die Hälfte aller Pädagogen mit 60 Jahren krankheitsbedingt nicht mehr im Beruf sind.</p>	

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/02		<p>In der Öffentlichkeit hat sich zudem ein sehr negatives Image des Lehrerberufes festgesetzt, welches vermehrt dazu führt, dass junge Menschen den Beruf des Lehrers nicht mehr ergreifen wollen. Hinzu kommen fehlende Aufstiegsmöglichkeiten und Laufbahnperspektiven sowie eine im Vergleich zu angrenzenden Bundesländern relativ schlechte Bezahlung, worunter die Attraktivität des Lehrerberufes zusätzlich leidet.</p> <p>Die Überalterung der NRW-Lehrerschaft führt in Kürze zu drastischem Lehrermangel, wenn nicht sofort gegengesteuert wird. Die bevorstehende Pensionierungswelle erfordert schnelles Handeln seitens der verantwortlichen Politik in NRW und innerhalb der Landespolitik endlich auch eine unter finanziellen Gesichtspunkten neue Prioritätensetzung zugunsten der Bildungspolitik. Es muss bereits heute gehandelt werden, damit morgen ausreichend Lehrer zur Verfügung stehen.</p> <p>Ohne den festen politischen Willen, die soeben beschriebene Realität an den Schulen und Bildungseinrichtungen in NRW verbessern zu wollen und ohne einen konsequenten Maßnahmenkatalog zur Beseitigung der Missstände an den nordrhein-westfälischen Schulen wird die Qualität des Unterrichts</p>	

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/02		<p>sowie die Qualität und die Leistungsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Bildungssystems insgesamt weiter drastisch abnehmen. Dies muss unweigerlich zu Wettbewerbsnachteilen der nordrhein-westfälischen Jugendlichen, Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Studenten auf dem Arbeitsmarkt führen und wird deren Zukunftsperspektiven stark einschränken.</p> <p>Dem Lehrermangel darf nicht weiter mit bedarfsdeckendem Unterricht, Geld statt Stellen, Vorgriffstunden etc. begegnet werden, sondern erfordert die massive und zusätzliche Neueinstellung junger Lehrer.</p> <p>Zudem sollen mit den Haushaltsmitteln neue Lehrkräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter zur Stärkung des wissenschaftlichen Lehrkörpers an Hochschulen eingestellt werden. Nur so kann die Qualität von Forschung und Lehre und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen in NRW erhalten und gestärkt werden. Zudem ermöglicht eine verbesserte Personalausstattung ein qualitativ besseres und intensiveres Studium der Studenten, so dass die Voraussetzungen für kürzere Studienzeiten verbessert werden. Damit wiederum erhalten die Hochschulabsolventen die Chance, früher als bislang und besser</p>	

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
noch 20/02		ausgebildet als bislang die berufliche Laufbahn einzuschlagen. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit nordrhein-westfälischer Hochschulabsolventen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.	<p><b>abgelehnt</b></p> <p><b>SPD</b>        <b>nein</b></p> <p><b>CDU</b>        <b>nein</b></p> <p><b>F.D.P.</b>      <b>ja</b></p> <p><b>GRÜNE</b>     <b>nein</b></p>

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
20/03	F.D.P.	<p><u>Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen</u>  <b>Titel 461 10 - Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben in den Einzelplänen</b></p> <p>Im Haushaltsvermerk Nr. 6 ist die Zahl 50.000.000 DM durch die Zahl 100.000.000 DM zu ersetzen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Mit dem Dienstrechtsreformgesetz sind leistungsbezogene Bezahlungsinstrumente eingeführt worden. Um die Folgekosten kostenneutral zu halten, sind bekanntlich die Dienstaltersstufen der Besoldungsordnung A neu zugeschnitten worden. Die dadurch sich ergebenden Einsparbeträge haben steigende Tendenz und liegen im Haushaltsjahr 2001 bei geschätzten 100 Millionen DM.</p> <p>Die Landesregierung hat nur 50 Millionen DM Haushaltsmittel für leistungsbezogene Bezahlungsinstrumente vorgesehen.</p> <p>Dies ist ein Betrug an den aktiven Beamten, die durch die Neuschneidung der Dienstaltersstufen die leistungsbezogenen Bezahlungsinstrumente vorab voll bezahlt haben.</p> <p>Auch die Schwierigkeit, geeignete Verteilungskriterien zu finden, kann kein Hinderungsgrund sein.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein            CDU           nein            F.D.P.       ja            GRÜNE       nein</p>

## Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
20/04	CDU	<p><b>Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>neuer Titel- "Globale Minderausgabe zur Personalreduzierung in der Allgemeinen Verwaltung"</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes  von 0 DM  um 62.000.000 DM  auf 62.000.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>  Zur Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen für die Neueinstellung von Lehrern sind an anderer Stelle im Landshaushalt Stellen einzusparen (Stellendeckungsprinzip). In den Jahren 2001 - 2005 sollen jährlich linear 1,5% des Landespersonals eingespart werden, wobei die Bereiche Schule, Hochschule, Polizei und Justizvollzug ausgeklammert werden. Die Einsparung von 1,5% in den verbleibenden Bereichen ergibt 1.350 Stellen. Diese sind so abzubauen, dass kostenneutral zum Schuljahr 2001/2002 1.350 neue Lehrer eingestellt werden können. Die zu erwirtschaftenden Stellenkontingente sollten durch die Landesregierung auf die Einzelpläne verteilt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE nein</p>

**Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 20:	angenommen  SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

## Gesamter Haushalt

			Abstimmungsergebnis im Ausschuss
		Gesamtabstimmung über den Haushalt:	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja